



„Sicherheit am Arbeitsplatz: Die Stadt Münster schützt ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter“

Antrag an den Rat der Stadt Münster zur Verweisung an den APOSOE

SPD-Fraktion
im Rat der Stadt Münster

Bahnhofstraße 9
48143 Münster
Tel. (0251) 45 314
Fax (0251) 511 750
www.spd-muenster.de

04.07.2017

Der Rat der Stadt Münster möge beschließen:

1. Die Stadt Münster stellt sich vor ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und schützt diese durch einen Maßnahmenkatalog zur Gewaltprävention.
2. In diesem Maßnahmenkatalog sollen u. a. Maßnahmen wie ein Kommunikations- und Deeskalationstraining für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter berücksichtigt werden. Eine gefahrenbewusste Raum- und Arbeitsplatzgestaltung sowie technische Systeme wie z. B. die Installation von Alarmknöpfen in den Büroräumen sollten auch Bestandteile des Sicherheitskonzeptes sein. Die Zusammenarbeit und Vernetzung mit externen Partnern wie der Polizei, anderen Kommunen oder der Unfallkasse können ebenfalls zum Gelingen einer erfolgreichen Präventionsarbeit beitragen.
3. Die Verwaltung stellt in einem Bericht die aktuelle Situation der Gewaltvorfälle und ggf. Bedrohungssituationen gegen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Münster dar und zeigt auf, welche präventiven und reaktiven Maßnahmen mit dem Ziel gewaltfreier Arbeitsplätze ergriffen wurden.
4. Zukünftig berichtet die Verwaltung jährlich im APOSOE über die Entwicklung der Gewaltvorfälle gegenüber städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Begründung:

Laut Darstellung in den Medien werden auch bei der Stadt Münster immer häufiger Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an ihren Arbeitsplätzen mit körperlicher Gewalt und respektlosem Handeln konfrontiert: Beschimpfungen, Beleidigungen und Bedrohungen bis hin zu körperlichen Übergriffen nehmen zu und rufen nach Gegenmaßnahmen. Selbst Einsatzkräfte der Feuerwehr werden bei Rettungsmaßnahmen vor Ort angegriffen.

Vor diesem Hintergrund einer zunehmenden Bedrohung und Aggressionsbereitschaft werden in Teilbereichen der Stadtverwaltung inzwischen private Sicherheitsdienste zum Schutz der Be-



schäftigten, aber auch der Kundinnen und Kunden eingesetzt.

Um der - deutschlandweit zu beobachtenden - Tendenz zu Gewaltbereitschaft und Respektlosigkeit gegenüber Angehörigen des öffentlichen Dienstes entgegen zu treten, sollte die Stadt Münster öffentlich sichtbar Signale zum Schutz ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geben und zugleich mit einem konkreten Maßnahmenkatalog Schutz, Unterstützung und Beratung anbieten. Zugleich sollte eine regelmäßige Berichterstattung im Fachausschuss für Personal, Organisation, Sicherheit, Ordnung und E-Government erfolgen, um auch auf diesem Wege Unterstützung für die Beschäftigten sicherzustellen.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Fraktion im Rat der Stadt Münster

Dr. Michael Jung
Philipp Hagemann
Mathias Kersting
Katharina Köhnke
Hedwig Liekefedt
Ludger Steinmann

Thomas Fastermann
Marius Herwig
Michael Kleyboldt
Thomas Kollmann
Anne Schulze Wintzler
Beate Vilhjalmsson
Maria Winkel

Doris Feldmann
Dr. Cornelia Jäger
Marianne Koch
Gaby Kubig-Steltig
Petra Seyfferth
Robert von Olberg

